

Antrag

der Abgeordneten Jürgen Trittin, Thilo Hoppe, Ute Koczy, Hans-Josef Fell, Dr. Reinhard Loske, Cornelia Behm, Dr. Uschi Eid, Winfried Hermann, Peter Hettlich, Bärbel Höhn, Ulrike Höfken, Dr. Anton Hofreiter, Sylvia Kotting-Uhl, Undine Kurth (Quedlinburg), Kerstin Müller (Köln), Rainer Steenblock, Winfried Nachtwei, Dr. Harald Terpe und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

G8-Gipfel muss Signal zu nachhaltiger Energieversorgung geben und Gesundheitssysteme in den Entwicklungsländern stärken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Zentrales Thema des diesjährigen G8-Gipfels in Petersburg werden die Energiepolitik und die Energiesicherheit sein. Ebenso wie in der Vergangenheit wird sich der Gipfel allerdings auch mit globalen Entwicklungsfragen befassen. So stehen die Bekämpfung von Infektionskrankheiten, der Zugang zu Medikamenten genauso auf der Tagesordnung wie die Verbesserung des Zugangs zu Bildung. Globale Wirtschaftsfragen werden ebenfalls auf dem Gipfel beraten.

G8-Gipfel muss Signal zu nachhaltiger Energieversorgung geben

Eine nachhaltige, sichere und wirtschaftliche Versorgung mit Energie ist essenziell für jede Volkswirtschaft. Wohlstand, Gesundheit und Mobilität sind von einer sicheren Energieversorgung abhängig. Der Rückgang der Vorräte und der Verfügbarkeit fossiler Brennstoffe sowie die steigende weltweite Nachfrage rücken die Frage der Versorgungssicherheit für die internationale Staatengemeinschaft immer mehr in den Fokus. Nur eine gerechte Verteilung der Ressourcen und vor allem die weltweite Umstellung auf erneuerbare Energien kann hier ein wachsendes Konfliktpotenzial entschärfen. Gleichzeitig verfestigen sich die wissenschaftlichen Hinweise, dass die globalen Folgen des vorherrschenden Energiesystems weitaus dramatischer sind, als noch vor wenigen Jahren angenommen. Der Klimawandel hat sich beschleunigt, Wetterkatastrophen mehren sich, die Jahrestemperaturen steigen stetig an. Daher müssen die globalen Anstrengungen, unsere Energieversorgung baldmöglichst nachhaltig zu gestalten, um den Klimawandel zu verlangsamen, deutlich gesteigert werden. Die Temperaturen dürfen nicht über 2 °C gegenüber vorindustriellen Zeiten steigen.

Eine verstärkte Kohlenutzung führt zu einer Zunahme der CO₂-Emissionen und stellt damit eine erhöhte Gefahr für das Weltklima dar. Dies gilt auch für die Verflüssigung von Kohle als Treibstoffersatz. An der Entwicklung CO₂-freier Kohlekraftwerke wird geforscht, doch angesichts geringer Wirkungsgrade, hoher Kosten und ungelöster Risiken einer weiteren Endlagerung überwiegt die Skepsis. Zudem ist diese Technologie noch auf Jahre hinaus von der Marktreife

entfernt und bietet somit nach heutigem Stand keine überzeugende Perspektive für die Herausforderungen des Klimaschutzes.

Die Atomkraft bietet keine Lösung unserer Energieprobleme, sondern schafft nur neue unkalkulierbare Risiken. Die Gefahr eines Supergaus lässt sich nicht bannen. Die Entsorgungsfrage für den strahlenden Atommüll ist seit über fünfzig Jahren ungelöst. Hinzu kommt, dass Uran selbst eine Ressource mit sehr begrenzter Verfügbarkeit ist.

Die große Menge von waffenfähigem Plutonium gefährdet die weltweite Abrüstung und bildet vor dem Hintergrund terroristischer Attacken ein unverantwortbares Risiko. Gleichzeitig erweitert die Ausbreitung der zivilen Nutzung der Atomenergie auch die Möglichkeiten ihrer militärischen Nutzung, wie man an den Entwicklungen in Indien und Pakistan oder aktuell im Kontext der Urananreicherung im Iran sehen kann.

Im forcierten Ausbau der erneuerbaren Energien und der massiven Energieeinsparung liegt der entscheidende Schlüssel für eine weltweit sichere, wirtschaftliche und nachhaltige Energieversorgung. Erneuerbare Energien zeigen schon heute Wege auf, wie man im Verkehr, bei der Stromproduktion sowie bei der Bereitstellung von Wärme die Energieversorgung sicherstellen kann.

Der Zugang zu Energie ist aber ebenso entscheidend für die Verbesserung der Lebensumstände in Entwicklungsländern. Auch wenn heute ungefähr 70 Prozent des Weltenergieverbrauchs auf die Industrieländer fallen, steht zu erwarten, dass sich mehr als zwei Drittel des zukünftigen Wachstums in Entwicklungs- und Schwellenländern vollziehen wird. Ein Großteil dieses Wachstums wird zur Versorgung der Grundbedürfnisse dienen. Mehr als die Hälfte aller Menschen in Entwicklungsländern hat keinen Zugang zu moderner Energie und braucht Holz, Öl oder tierischen Dung zum Überleben. 1,6 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu Elektrizität. Heute besteht die Herausforderung darin, den steigenden Verbrauch mit größerer Effizienz, möglichst ohne Klimaschädlichkeit, mit der Verringerung der Luft-, Boden- und Wasserverschmutzung und mit einem besseren Zugang für die ärmsten Menschen zu verbinden. Die Bekämpfung der Armut und die Reduzierung des Hungers haben immer auch mit Zugang zu nachhaltigen Energiequellen zu tun. In der einen oder anderen Form trifft für alle acht Entwicklungsziele zu, dass sie ohne Zugang zu Energie nicht erreichbar sind.

G8 muss die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern verringern

Schon auf dem ersten G7-Gipfeltreffen 1975 in Rambouillet wurde im Kontext der Erdölkrise über die Verfügbarkeit von Energiequellen diskutiert. So heißt es in der Abschlusserklärung unter anderem: „Unsere gemeinsamen Interessen erfordern es, dass wir weiterhin zusammenarbeiten, um unsere Abhängigkeit von importierter Energie durch sparsamen Umgang mit Energie und die Entwicklung alternativer Energiequellen zu verringern.“; ein Ansatz, der weiterhin Gültigkeit beanspruchen kann.

Jenseits harter Differenzen haben sich im Vorfeld des diesjährigen Weltwirtschaftsgipfels bei St. Petersburg die Finanzminister auf einige allgemeine Ansätze der Energiepolitik verständigt. Diese beinhalten den Versuch, durch größere Effizienz den Verbrauch von Öl und Gas zu reduzieren, größere Transparenz auf den Ölmärkten herzustellen und durch gesteigerte Investitionen den Öl- und Gassektor auszubauen. Trotz eines Ölpreises bei rund 70 US-Dollar pro Barrel werden die Wachstumserwartungen für die Weltwirtschaft positiv bewertet.

US-Präsident George W. Bush hat in seiner diesjährigen Rede zur Lage der Nation von der „Sucht“ seines Landes nach Öl gesprochen. Diese Sucht gelte es

zu überwinden. Was für die USA gilt, stellt ebenso in den anderen G8-Staaten ein Problem dar. Wir müssen weg vom Öl. Auch die zukünftige Entwicklungsperspektive von Schwellen- und Entwicklungsländern wird vom Aufbau eines nachhaltigen Energiesystems abhängen.

Die Zeit billiger Energierohstoffe ist vorbei. Die G8-Staaten stehen vor der historischen Aufgabe, sichtbare Schritte zur Überwindung einer fossil basierten Ökonomie aufzuzeigen. Stattdessen suggerieren die Aussagen der G8-Staatschefs, dass eine langfristige Sicherheit der Versorgung vorhanden sei. Angesichts der prognostizierten Nachfragezuwächse wird es eine Versorgungssicherheit aber bestenfalls mittelfristig geben; basierend auf einem Energiesystem, das die Kosten durch die Veränderung des Klimas und anderer unmittelbarer Umweltprobleme weiterhin unterschätzt.

Hinzu kommen schon jetzt erkennbare katastrophale entwicklungspolitische Folgen durch die Höhe des Ölpreises und den fehlenden Zugang zu angepassten Energiesystemen. Die Wirksamkeit von Entschuldung, von Programmen der Entwicklungsfinanzierung, von Handelsgewinnen von Entwicklungsländern wird in den nicht Öl exportierenden Ländern durch gestiegene Ölrechnungen zunichte gemacht. Innenpolitische Instabilität und Perspektivlosigkeit können die Folgen sein. Parallel gewinnen politische Interventionen in Verbindung mit Vorzugslieferungen von Öl und Gas an Bedeutung. Damit wächst auch das Potenzial der großen Erdöl- und Gasproduzenten zur Erpressung und zu politischen Tauschgeschäften. So ist der politische Einfluss Venezuelas, des Irans, Saudi-Arabiens oder auch Russlands geradezu undenkbar, ohne den Öl- und Gaspreis in Betracht zu ziehen. Politische Energiepreise treten neben hochspekulative Ölmärkte. Beispielsweise die Konzentration der Erdölreserven auf wenige Länder oder die Tatsache, dass 85 Prozent der Weltbevölkerung in Ländern leben, die Erdöl importieren müssen (Nettoimporteure), zeigt die Brüchigkeit des heutigen Systems. Dabei leiden arme Länder stärker unter den Preiserhöhungen, da ihre Industrien weniger energieeffizient arbeiten und gleichzeitig Haushalte und Fahrzeuge Energie wenig sparend einsetzen. Die Weltbank hat kürzlich festgestellt, dass Entwicklungsländer dreimal stärker von den Preissteigerungen betroffen sind als Industrieländer. So übersteigt beispielsweise im Falle Nicaraguas die erhöhte Ölrechnung die Entwicklungszusagen der Geber an das Land bei weitem.

Bei Erdöl exportierenden Staaten hat sich zudem gezeigt, dass die Einnahmen häufig die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung nicht verbessert haben. So ging im Falle Angolas und Nigerias die Erdölproduktion mit einer legendären Korruption einher. Es bestanden geringe Anreize, jenseits einer klassischen „Rentenökonomie“ ein nachhaltiges Einnahmesystem aufzubauen und die Wirtschaft zu diversifizieren. Was also wie ein Segen wirkt, kann sich schon bald als „Fluch der Ressourcen“ herausstellen. Massive Umwelt- und Naturzerstörungen, Menschenrechtsverletzungen und die Zerstörung des Lebensraums indigener Völker zeigen sich gerade im Erdölsektor in vielen Staaten.

Langfristige globale Energiesicherheit wird nur durch den massiven Ausbau erneuerbarer Energien, der Steigerung der Energieeffizienz und verstärktem Energiesparen zu erreichen sein. Das gilt gerade auch für viele Entwicklungsländer, deren Effizienz- und Einsparpotenziale ungenutzt sind und deren einzige einheimische Quellen Wind, Wasser, Sonne, Erdwärme und Biomasse sowie ggf. Meeresenergien sind. Durch ihren dezentralen Charakter bieten die erneuerbaren Energien für diese Länder einen weiteren wichtigen Vorteil, denn die meisten Entwicklungsländer verfügen gerade in den ländlichen Regionen über kein oder nur über schlecht ausgebaute Energienetze. Der Ausbau der erneuerbaren Energien würde daher die notwendigen Investitionen in die Infrastruktur verringern. Erneuerbare Energien könnten mit weiterer technologischer Entwicklung noch stärkere Potenziale ausschöpfen sowie weitere deutliche

Kostensenkungen und Effizienzsteigerungen bewirken. Voraussetzung dafür sind tragfähige und erfolgreiche Forschungs-, Markteinführungs- und Marktdurchdringungsaktivitäten auch in den G8-Staaten.

Die G8 müssen ein klares Signal der Zusammenarbeit in diesen Bereichen setzen und auf deren Bedeutung im Treffen mit Vertretern der Schwellenländer bei St. Petersburg hinweisen. Einsparung, Effizienz und Überwindung von fossilen Techniken und die Betonung einheimisch produzierter alternativer Energien sind entscheidend für die Verringerung der Armut und der Abhängigkeit von nicht einheimischen Energieressourcen. Auf der Renewables 2004 wurde der internationale Dialog zum Ausbau der erneuerbaren Energien intensiviert. Jetzt gilt es gerade für die G8, diesen Aktionsplan umzusetzen. Er könnte bis 2015 einer halben Milliarde Menschen Zugang zu Elektrizität verschaffen, wie er jährlich 1,6 Mrd. t Treibhausgase einsparen würde. Hieran gilt es anzuknüpfen. Eine stärkere Koordination des Technologie- und Know-how-Transfers sowie gegenseitiges Lernen über politische Instrumente ist unerlässlich. Dafür brauchen wir neue internationale Instrumente, unter anderem den Aufbau einer eigenen Regierungsorganisation. Die Gründung einer Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien wäre ein richtiger Schritt, um den weltweiten Technologietransfer für erneuerbare Energien zu beschleunigen und die Steigerung der Energieeffizienz zu fördern. Darüber hinaus sollten sowohl das Netzwerk REN21 als auch eine Umorientierung der Arbeit der Internationalen Energie-Agentur in Richtung erneuerbarer Energien, Energieeinsparung und Energieeffizienz gefördert werden.

G8-Gipfel muss zur Stärkung von Gesundheitssystemen in Entwicklungsländern beitragen

Millionen Menschen sterben jährlich in Entwicklungsländern an den Folgen infektiöser Krankheiten wie Malaria, Tuberkulose und HIV/Aids. Im Rahmen der UN-Millenniumsziele hat sich die Staatengemeinschaft verpflichtet, die Zahl der Menschen, die an diesen Krankheiten leiden, bis 2015 erheblich zu reduzieren. Die G8-Staaten stehen vor der Aufgabe, nun tatsächlich ihren Beitrag zu einem ganzheitlichen Ansatz zur Verbesserung der Gesundheitssysteme in Entwicklungsländern zu leisten. Die personelle Ausstattung in Entwicklungsländern beispielsweise stellt sich auch infolge der Abwanderung medizinischen Personals in die Industrieländer als großes Problem dar. Generell muss weit stärker als bisher über innovative Finanzierungsinstrumente zur Stabilisierung von Gesundheitssystemen nachgedacht werden. Einen beispielhaften Weg beschreiten Frankreich und andere Länder, welche durch die Erhebung einer Flugticketsteuer und die Zuführung der Erlöse an einen globalen Gesundheitsfonds die Richtung vorgeben. Deutschland muss sich dieser Initiative anschließen.

Die G8-Staaten müssen darüber hinaus aktiv in der Ende Mai von der UN-Weltgesundheitsversammlung beschlossenen internationalen Arbeitsgruppe mitwirken. Diese Arbeitsgruppe soll einen Aktionsplan für den „Zugang zu Medikamenten für alle“ ausarbeiten und u. a. erreichen, dass Medikamente gegen HIV/Aids, Malaria und Tuberkulose sowie für vernachlässigte Krankheiten wie vor allem Leishmaniose, Schlaf- und Chagaskrankheit auch für den Bedarf in Entwicklungsländern entwickelt werden.

Internationale Patentrechte dürfen nicht dazu führen, dass der Zugang zu Medikamenten in Entwicklungsländern erschwert wird oder dass nur Medikamente für die Nachfrage in Industrieländern entwickelt werden. Das TRIPS-Abkommen darf nicht ein weltweites Engagement für öffentliche Gesundheit behindern. Jetzt kommt es auf eine verantwortliche Auslegung und Umsetzung der WTO-Ministererklärung von Doha über das TRIPS-Abkommen in der Praxis

an. Diese muss beispielsweise Rechtssicherheit bei der Produktion von Generika gewähren.

Es ist auch nicht hinnehmbar, dass die USA in Verhandlungen zu bilateralen Freihandelsabkommen Druck auf Entwicklungsländer wie z. B. Thailand ausüben, auf das Recht zur Nutzung billigerer Generika zur Aids-Behandlung zu verzichten.

Bislang hat die Pharmaindustrie – auch angesichts mangelnder Absatzerwartungen infolge der geringen Finanzkraft in Entwicklungsländern – keine wirksamen und bezahlbaren Impfstoffe entwickelt. Die G8-Staaten reagieren darauf unter anderem mit der Diskussion eines Pilotprojekts, das unter anderem eine staatliche Abnahmegarantie für privatwirtschaftlich entwickelte Impfstoffe vorsieht. Dieser Ansatz, der die Forschung an Krankheiten wie Malaria und Tuberkulose voranbringen soll, ist begrüßenswert. Ein solches Programm kann Millionen Menschenleben retten. Deutschland muss sich finanziell an diesen Initiativen beteiligen.

Es ist Aufgabe von Parlament, Regierung und nichtstaatlichen Organisationen, hierbei auf eine transparente Gestaltung des Pilotprojekts zu drängen, um eine kostengünstige Umsetzung des Programms sicherzustellen und Mitnahmeeffekte der Pharmaunternehmen zu unterbinden. Die Vereinten Nationen sollten zudem systematisch die beteiligten Pharmaunternehmen auf ihre gesellschaftliche Verantwortung hinweisen. Auf dem G7-Finanzministertreffen in Petersburg im Juni 2006 konnte keine Einigung über die Finanzierung und die Größe des Programms erzielt werden. Die Position der Bundesregierung, die mit Verweis auf fehlende Haushaltsmittel eine Beteiligung ablehnt, setzt ein falsches Signal und isoliert Deutschland im Kreis der G8. Es sendet vor allem aber das Zeichen an etliche Entwicklungsländer, dass Deutschland jenseits wohlmeinender Erklärungen finanziell nicht fähig ist, bei der Bekämpfung globaler Krankheiten mitzuwirken. Dieses politische Versagen wiegt doppelt schwer, da der Bundesregierung auch sonst Ansätze fehlen, die Pharmaindustrie dazu zu bewegen, die Forschung bei Krankheiten, die für Entwicklungsländer von besonderer Bedeutung sind, voranzutreiben.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- dass sich die G8-Staaten für einen massiven, ökologisch nachhaltigen Ausbau erneuerbarer Energien sowohl in ihren eigenen Ländern als auch in Schwellen- und Entwicklungsländern einsetzen;
- dass die G8-Staaten sich innerhalb der Weltbank und der regionalen Entwicklungsbanken für den Ausbau von Energieeffizienzprogrammen, eine konsequente Politik der Energieeinsparung und den Ausbau erneuerbarer Energien einsetzen;
- sich innerhalb der G8 einer Subventionierung des Baus von Atomkraftwerken durch die Weltbank oder andere internationale Finanzinstitutionen auch weiter entschieden zu widersetzen;
- dass die G8-Staaten in einen systematischen, institutionalisierten Dialog mit Schwellenländern über nachhaltige Energiesysteme eintreten;
- dass die G8-Staaten sich nachdrücklich für die Verwirklichung des Aktionsplans der Konferenzen für erneuerbare Energien in Bonn und Peking und die Vertiefung des begonnenen internationalen Dialogs einsetzen;
- dass die G8 sich für die Einrichtung einer Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien engagieren, das Netzwerk REN21 unterstützen und sich für einen Umbau der Internationalen Energieagentur einsetzen;

- dass sich die G8-Staaten verpflichten, den Zugang zu nachhaltigen Energiesystemen in den ärmsten Entwicklungsländern durch die Aufstockung relevanter Programme zu unterstützen;
- sich im Rahmen der G8-Staaten für eine umfassende Stärkung von Gesundheitssystemen in Entwicklungsländern einzusetzen mit dem Ziel eines verbesserten Zugangs zu medizinischen Dienstleistungen;
- sich finanziell am Impfprogramm der G8 für die ärmsten Länder der Welt zu beteiligen und jetzt ein Pilotprojekt aktiv zu unterstützen;
- in der von der UN-Weltgesundheitsversammlung beschlossenen Arbeitsgruppe mitzuarbeiten, um den Zugang für alle zu Medikamenten zu fördern und einen entsprechenden Aktionsplan bis 2008 auf den Weg zu bringen;
- sicherzustellen, dass der Zugang zu lebensnotwendigen Medikamenten sowie die Produktion von Generika nicht durch die Regeln des Abkommens zum Schutz geistigen Eigentums (TRIPS) behindert werden;
- sich dafür einzusetzen, dass die G8 Staaten – insbesondere die USA – in Verhandlungen zu bilateralen Freihandelsabkommen keinen Druck auf Entwicklungsländer ausüben, auf die Rechte zur Nutzung billigerer Generika zur Aids-Behandlung und anderer Krankheiten zu verzichten;
- innovative Wege in der Entwicklungsfinanzierung umzusetzen und analog zu Frankreich und anderen Staaten eine Flugticketsteuer einzuführen, um mehr Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit und hier insbesondere auch im Gesundheitswesen zur Verfügung zu stellen;
- sich mit der Pharmaindustrie über neue Ansätze bei der Forschung für vernachlässigte Krankheiten mit besonderer Bedeutung für Entwicklungsländer zu verständigen;
- die öffentliche Forschung mit besonderem Bezug zu den Gesundheitsrisiken in Entwicklungsländern zu verbessern.

Berlin, den 28. Juni 2006

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

